

Zukunftsfähiges Berlin – Anregungen zum Umsteuern

Zwischen Mai 2015 und März 2016 trafen sich auf Einladung von IHK Berlin und Stiftung Zukunft Berlin Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft, um für die 16. Wahlperiode Vorschläge zur Neustrukturierung der Aufgabenerledigung zwischen Senat und Bezirken zu erarbeiten.

Das schnelle Wachstum der Stadt und die Digitalisierung der gesamten Lebenswelt erfordern mehr denn je eine Neujustierung der Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken. Dazu muss das Spannungsverhältnis zwischen Einheitsgemeinde und zweistufigem Verwaltungsaufbau neu in den Blick genommen werden. Zukunftsfähig wird Berlin nur, wenn – anders als bisher – die Kompetenzen zwischen den Ebenen klar abgegrenzt werden und innerhalb der Ebenen Einvernehmen über die Grundprinzipien gesamtstädtischer Verantwortung und Aufgabewahrnehmung hergestellt wird.

Dazu bedarf es u. a. folgender Maßnahmen:

1. Der Senat stellt den Bezirken – über den vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Haushalt – zur Erledigung der ihnen zugewiesenen „staatlichen“ Aufgaben nach dem Konnexitätsprinzip alle nötigen Finanz- und Personalmittel zur Verfügung. Für die dauerhaft selbständige Erledigung der als „kommunal“ festgelegten Aufgaben erhalten die Bezirke Globalbudgets mit Anreizfunktionen, dabei ist auf Besonderheiten der einzelnen Bezirke Rücksicht zu nehmen. Die Festlegung der Aufgaben als „kommunale“ oder „staatliche“ erfolgt auf der Grundlage des bestehenden Aufgaben- bzw. Produktkatalogs durch Vereinbarung zwischen dem Rat der Bürgermeister/-innen und dem Senat.
2. Es erfolgt eine Neustrukturierung der Aufgaben und ihrer Verteilung, dabei wird der Handlungsrahmen eigenständigen Handelns auf Bezirksebene verbindlich vereinbart und festgelegt, Eingriffsrechte des Senats bei kommunalen Aufgaben entfallen – abgesehen von der Rechtsaufsicht.
3. Die Bezirke verpflichten sich gegenüber dem Senat und untereinander zu gesamtstädtischer Verantwortungsübernahme und deren konkreter Umsetzung durch eine verbindliche Vereinbarung im Rat der Bürgermeister/-innen. Nicht zuletzt das Flüchtlingsthema zeigt hier dringenden Handlungsbedarf.
4. Zur Weiterentwicklung der Gemeinsamkeiten in der Einheitsgemeinde Berlin wird von den Bezirken und der Senatsverwaltung gemeinsam ein Leitbild für die gesamte Berliner Verwaltung erarbeitet, dies umfasst insbesondere auch ein Leitbild zur Personalentwicklung.
5. Bei der inneren Organisation der Bezirksverwaltungen ist für die Einheitlichkeit der Ämterstrukturen zu sorgen und die Rolle der Bürgermeister/-innen zu stärken.
6. Um für die Zukunft eine effektive und effiziente Wahrnehmung aller Verwaltungsaufgaben in Berlin sicherzustellen, ist die Digitalisierung der Prozesse mit Nachdruck und Zeitdruck voran zu treiben. Hierbei ist das Wissen und die Kompetenz der Stadtgesellschaft unbedingt einzubeziehen und zu nutzen.

Zum Erreichen der vorgenannten Ziele bedarf es des Abgeordnetenhauses zur Umsetzung einfachgesetzlicher Reformen (z.B. im AZG) und verbindlicher Vereinbarungen zwischen und innerhalb der Ebenen Senat und Bezirk.

Als Grundprinzip des Weges zu einer zukunftsfähigen Verwaltung unterhalb von Gesetzesänderungen sehen wir Zielvereinbarungen zwischen dem Regierenden Bürgermeister und den im Rat der Bürgermeister/-innen zusammenarbeitenden Bezirksbürgermeistern/-innen, zwischen dem Regierenden Bürgermeister und den einzelnen Bezirksbürgermeistern/-innen sowie zwischen den Bezirken untereinander.

Die unten genannten Beteiligten halten eine aktive Gestaltung dieses Prozesses für nötig und würden es begrüßen, wenn der Regierende Bürgermeister hierbei eine starke Führungsrolle übernimmt, unterstützt durch die Bezirksbürgermeister/-innen. Daneben sind Abgeordnetenhaus und Bezirksversammlungen aufgerufen, den Prozess der Modernisierung der Berliner Verwaltung zu ihrem Thema zu machen.

Berlin, im Mai 2016

An der Erarbeitung dieses Papiers waren beteiligt:

Hartmut Bäumer, *Rechtsanwalt, Regierungspräsident a. D.*
Wolfgang Branoner, *Senator a. D., Geschäftsführer SNPC GmbH*
Jan Eder, *Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin*
Klaus Feiler, *Staatssekretär, Senatsverwaltung für Finanzen*
Florian Graf, *Fraktionsvorsitzender CDU*
Christian Gräff, *Bezirksstadtrat Marzahn-Hellersdorf*
Oliver Igel, *Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick*
Helmut Kleebank, *Bezirksbürgermeister Spandau*
Stefan Komoß, *Bezirksbürgermeister Marzahn-Hellersdorf*
Ramona Pop, *Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen*
Stefan Richter, *Mitglied des Vorstandes, Stiftung Zukunft Berlin*
Andreas Statzkowski, *Staatssekretär, Senatsverwaltung für Inneres und Sport*